Herausgeber: Die LINKE. ☆ Rotes Zentrum e.V. ☆ DKP ☆ FG BRD-Cuba ☆ VVN/BDA ☆ GROBIAN ☆ Göttinger Linke

Stoltenberg fordert von der Türkei einen "maßvollen Krieg"

Welcher Zynismus, welch perverses Verständnis von Krieg offenbart der Nato-Generalsekretär Stoltenberg in seinen Worten zum Angriffskrieg des türkischen Militärs unter Führung von Rezep Erdogan. "Die Türkei müsse sicherstellen, dass ihr Vorgehen verhältnismäßig und maßvoll sei."

Krieg bedeutet nie "verhältnismäßig und maßvoll! Krieg bedeutet immer Inhumanität, Elend, Verwundete, Tote.

Der Einmarsch in das Staatsgebiet einer anderen Nation ist eindeutig völkerrechtswidrig. Der Versuch der zwangsweisen Umsiedlung von Menschen in einen sogenannten Sicherheitskorridor verstößt eindeutig gegen geltendes Völkerrecht.

Die Ausbildung und der Einsatz islamistischer Söldner für die eigenen Zwecke stellt die öffentlich verkündeten Doktrin der Nato auf den Kopf. Und den ganzen blutigen, unmenschlichen kriegerischen Akt "Friedensquelle" zu nennen ist als Verhöhnung jeglicher Zivilisation kaum noch zu übertreffen. Im Vorgehen der Türkischen Staatsführung, in den Beistands-

und Verständnisbekundungen aus den Reihen führender NATO-Repräsentanten zeigt sich das wahre, vielbeschworene Werteverständnis dieses sogenannten Verteidigungsbündnis.

Und selbst wenn einige bundesdeutsche Regierungsmitglieder den Krieg der Türkei gegen die syrischen Kurden - eher zaghaft - kritisieren, sie haben jahrelang dafür gesorgt, dass die Türkei auch mit mörderischen Waffen aus Deutschland hochgerüstet wurde.

Und so rollen nun auch deutsche Panzer nach Nordsyrien. So macht sich auch Deutschland schuldig am Leid der Kurden und Menschen anderer Völker in der Region. Die Türkei gibt vor, Frieden in die Region bringen zu wollen. Sie nimmt dabei den Tod vieler Menschen, überwiegend Zivilsten in Kauf. Verlogener, verbrecherischer kann man das Vorgehen kaum mehr kaschieren wollen.

Der Angriffskrieg gegen die kurdische Bevölkerung in Nordsyrien ist durch nichts zu rechtfertigen. Er ist und bleibt ein barbarischer Akt. (gn)

Testmobilmachung gen Osten (I)

Im Frühjahr 2020 wird der NATO-Machtblock mit einer Testmobilmachung gen Osten den Ernstfall proben. Dies geht aus einem Schreiben des Bundesverteidigungsministeriums hervor. Demnach werden die USA und ihre Verbündeten in Europa mit dem Manöver "Defender 2020" die militärische Infrastruktur. Kommandostrukturen und Nachschubrouten prüfen, die sie im Laufe der vergangenen Jahre in Osteuropa aufgebaut haben. Wie in einem etwaigen heißen Krieg mit Russland werden in der Übung US-Truppen über den Atlantik nach Europa transportiert, um weiter in Richtung auf die russische Grenze vorzudringen. Die

Bundesregierung leistet zu der Maßnahme, die Europa weiter militarisiert und die Spannungen noch stärker anheizt, tatkräftige Beihilfe, indem sie Deutschland gezielt als Dreh- und Angelpunkt der Kriegslogistik positioniert. Auf die strategische Rolle als Logistik- und Kommandozentrale im Hinterland sucht die Bundesrepublik einen weiteren internationalen Machtzuwachs zu stützen. Für die USA wird "Defender 2020" die größte Militärübung in Europa seit 25 Jahren.

Mehr:

https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/8065/

im Internet

https://www.goettinger-linke.de/goeblae 2019.php

Kontakt

POST: Göttinger Blätter Lange Geismarstraße 2 37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen Telefon: 0551/67065

Inhalt

Der "maßvolle Krieg"	1
VVN	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. Termine	6
DIE LINKE. Kreistagsinfo	7
Die LINKE. Kreisverband	8
Rotes Zentrum e.V.	9
GöLinke	10
GöLinke Ratsinfo	11
Veranstaltungen	12

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 12.2019 ist der 15. November. Auslieferung am 21. November.

marx ohne bart

Der Patient zwischen Kassen, Krankenhäusern und Politik

Donnerstag, 14.11.2019, 19.00 Uhr Holbornsches Haus, Rote Straße 34, Gö.

Referenten:

Gernot Kiefer, Köln

Stellvertretender Vorstandsvorsitzender des Spitzenverbandes der Gesetzlichen Krankenversicherung

Prof Dr. Roland Nau, Göttingen Altersmediziner

Eine Veranstaltung des "Club Marx" in Zusammenarbeit mit: Rosa Luxemburg Stiftung, Ver.di, Basisgruppe Medizin, IPPNV.

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG



BASISGRUPPE MEDIZIN

GÖTTINGER BLÄTTER



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: www.goettingen.vvn-bda.de • Email: vvn-goettingen@secarts.org

Veranstaltungen

Ausstellungseröffnung und Workshop:

Ohh Porajmos

Freitag, 01.11.2019, 17.00 Uhr Stadtlabor, Schildweg 1

Das Roma Center zeigt die Ausstellung Ohh Porajmos. Die Comic- und Texttafeln des Sinti-Künstlers Boris Weinrich befassen sich aus der Sicht des Nachkommen mit der Verfolgung und Ermordung der Roma und Sinti, mit den Menschenversuchen und den Tätern, die unbehelligt nach dem Krieg weiter Karriere machen konnten, sowie mit Diskriminierung und Rassismus gegen Roma und Sinti bis heute.

Die Ausstellung ist bis 15.11. zu sehen. *Veranstaltet von Roma Center e.V.*

Gedenkstunde am Mahnmal

Samstag, 09.11.2019, 18.00 Uhr Platz der Synagoge

Die diesjährige Veranstaltung zum Gedenken an den Brand der Synagoge während der Reichspogromnacht vom 9./10.11.1938 wird gestaltet von Schülerinnen und Schülern des Theodor-Heuß-Gymnasiums mit ihrem Lehrer Matthias Behn.

Veranstaltet wird die Gedenkstunde von der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit in Göttingen und von der Stadt Göttingen

"Das Glückskind erzählt..." 1. Teil

Samstag, 09.11. 2019, 19.30 Uhr Restaurant und Begegnungsstätte Löwenstein, Rote Str. 28

Anlässlich der Verleihung des Edith-Stein-Preises 2019 an Professor Dr. Thomas Buergenthal, zeigt das Jüdische Lehrhaus an zwei Abenden das Interview, das Eva Tichauer Moritz und ihre Tochter Roxana Alvarez Tichauer 2001 in Den Haag aufgezeichnet haben und in dem der Preisträger über sein Leben berichtet. (Teil 2 findet am Samstag, 16.11.2019, 19.30 Uhr statt).

Veranstaltet vom Jüdischen Lehrhaus

Ausstelluna

Jüdischer Widerstand im Nationalsozialismus

Samstag, 09.11.2019 – Freitag, 31.01.2020 (jeweils zu den Öffnungszeiten) Restaurant und Begegnungsstätte Löwenstein, Rote Straße 28

Die Ausstellung informiert über verschiedene Formen, Orte und Ausprägungen jüdischen Widerstands im Nationalsozialismus: Von erfolgreichen Aufständen, wie denen in den Vernichtungslagern Sobibór und Treblinka, über den verzweifelten Widerstand der Jüdinnen und Juden des Warschauer Ghettos, bis hin zu der unbekannteren Geschichte jüdischer Fallschirmspringer*innen aus dem Mandatsgebiet Palästina, die sich über Europa absetzen ließen, um den Widerstand in Ghettos und Konzentrationslagern zu organisieren. Veranstaltet vom Jüdischen Lehrhaus und fact

4074 Tage - Tatorte des NSU

Eine Fotoausstellung in der Dauerausstellung

"Auf der Spur europäischer Zwangsarbeit", in der BBS II, Godehardstraße 11 10.11.2019 – 02.02.2020

Vernissage am Sonntag, 10.11.2019, 14.00-16.00 Uhr

Öffnungszeiten: Mittwochs & Freitags
10.00-14.00 Uhr sowie 1. Sonntag im
Monat 14.00-17.00 Uhr und für Gruppen nach

Vereinbaruna

4074 Tage lagen zwischen dem ersten und dem letzten Mord des "Nationalsozialistischen Untergrunds" (NSU). Zehn Menschen haben die Rechtsterroristen des NSU in dieser Zeit erschossen, alle an ihrem Arbeitsplatz, Die Fotografin Gabriele Reckhard hat mit ihrer Kamera genauer hingesehen - auf das, was für die Familien jahrelang die einzige Gewissheit war: die Tatorte, an denen ihre Angehörigen ermordet wurden. Bis zur Selbstenttarnung des NSU im November 2011 mussten die Familien nicht nur mit dem gewaltsamen Tod ihrer Angehörigen leben. Sie waren zudem der Verunglimpfung, Ignoranz und Kriminalisierung durch Ermittlungsbehörden, Medien und Öffentlichkeit ausgesetzt.

Szenischen Lesung:

Fritz Bauer im Interview

Dienstag, 12.11.2019, 19.30 Uhr Saal der Reformierten Gemeinde Göttingen, Untere Karspüle 11 Leider konnte die Mitgliederversammlung der VVN-BdA am 12.10.2019 wegen einer großflächigen Evakuierungsmaßnahme nicht stattfinden. In Kürze wird es einen Nachholtermin geben, zu dem gesondert per Brief/Email eingeladen wird.

Als Kind jüdischer Eltern und politisch aktiver Mensch wurde Fritz Bauer in der NS-Zeit zunächst inhaftiert und konnte später nach Skandinavien emigrieren. 1949 kehrte er nach Deutschland zurück und war dann als hessischer Generalstaatsanwalt entscheidend für die Einleitung und Durchführung der Auschwitzprozesse ab 1963 verantwortlich.

Veranstaltet von amnesty international Göttingen

Jüdischer Widerstand im Nationalsozialismus

Vortrag von Conrad Kunze Donnerstag, 14.11.2019, 19.00 Uhr Restaurant und Begegnungsstätte Löwenstein, Rote Straße 28

Ein geheimer Brief, eine verweigerte Geste – subtile Handlungen ebenso wie offenes Aufbegehren – Widerstand in einem totalitären Herrschaftssystem wie dem Nationalsozialismus nahm unzählige Formen an. Die totalitäre Herrschaft des Nationalsozialismus erscheint in Gesprächen und in den Erinnerungsdiskursen als ein Phänomen, dem kaum etwas entgegenzusetzen war. Der Jüdische Widerstand ruft hingegen in Erinnerung, dass auf allen Ebenen und mit allen Mitteln Widerständigkeit möglich war und auch geleistet wurde. Manches davon blieb unbemerkt, vieles aber wurde verschwiegen und ist vergessen.

Veranstaltet vom Jüdischen Lehrhaus und f_act

Mitzwah Day 2019: Tue Gutes und erwarte nichts dafür.

"Die Würde des Menschen ist unantastbar"

(...) weiter auf Seite 12

3



Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de

Mitgliederversammlung

12. November um 20.00 Uhr im Berliner Hof



Russland modernisiert Kubas Eisenbahn für 1,88 Milliarden Euro

Die russische Eisenbahngesellschaft RZD hat mit Kuba einen Vertrag zur Wiederherstellung und Modernisierung der Eisenbahn-Infrastruktur der Karibik-Insel im Wert von 1,88 Milliarden Euro unterzeichnet.

Das Projekt soll binnen zehn Jahren umgesetzt werden, wie ein Korrespondent von RIA Novosti in Kuba mitteilt.Vorgehsehen sind Projektierung, Reparatur und Modernisierung von mehr als eintausend Kilometern Eisenbahn-Infrastruktur der Insel unter Einsatz russischer Technik, Materialien und Ausrüstung.

Darüber hinaus soll ein einheitliches Fahrdienstleiter-Zentrum eingerichtet sowie das kubanische Personal an führenden russischen Hochschulen für Verkehrswesen ausgebildet werden. Der russische Premierminister Dmitri Medwedew ist im Oktober zu einem offiziellen Besuch in Kuba eingetroffen.

Medwedew verurteilte die schon seit Jahrzehnten andauernde Wirtschaftsblockade der Vereinigten Staaten gegen die Karibik-Insel und nannte Kuba einen wichtigen Verbündeten Russlands in Lateinamerika.

▶ Energiekrise überstanden: Neues Öl und LTE-Netz für Kuba

Die aktuelle Energiekrise auf Kuba neigt sich ihrem Ende entgegen. Nachdem Anfang Oktober neue Öllieferungen aus Venezuela eingetroffen sind, hat sich die Transportsituation auf der Insel wieder weitestgehend normalisiert. Mit dem Start des LTE-Handynetzes gab es für die internetaffinen Kubaner zudem gleich eine weitere positive Nachricht in dieser Woche.

Nachdem Kubas Präsident Miguel Díaz-Canel Mitte September Energieeinsparungen aufgrund akuter Lieferengpässe ankündigte, befürchteten viele eine Rückkehr in die Zeiten der "Sonderperiode". Ähnlich krasse Auswirkungen konnten jedoch in der aktuellen Situation vermieden werden. Das Sparprogramm war aufgrund ausbleibender Lieferungen in Folge der zunehmenden Verfolgung venezolanischer Frachter durch die US-Behörden erforderlich und zeitlich begrenzt. Von Mitte September bis Anfang Oktober kam keine Treibstofflieferung mehr in Kuba an, was sich vor allem bei der Verfügbarkeit von Dieselkraftstoff negativ bemerkbar gemacht hat. Die Bevölkerung war zum Stromsparen aufgefordert, während zahlreiche staatliche Betriebe ihre Mitarbeiter nach Hause schickten.

Inzwischen ist die Krise spürbar vorübergezogen. Die Schlangen an Havannas Tankstellen sind verschwunden, Benzin

und Diesel im ganzen Land wieder relativ gut verfügbar. Die für Ende September stark reduzierten Bus- und Zugfahrpläne wurden aufgestockt, bis zum 15. Oktober soll sich die Lage wieder völlig entspannen und die alten Fahrpläne gelten

Wirtschaftsminister Alejandro Gil informierte gestern auf einer Sondersitzung des Parlaments über die Ergebnisse des gut zweiwöchigen Sparprogramms. So wurden in dieser Zeit in Havanna nur 40 Prozent der üblichen Passagieranzahl mit den Bussen befördert. Zusätzliche Kapazitäten konnten jedoch durch Inspektoren geschaffen werden, die dafür sorgten, dass kein staatliches Fahrzeug leer fuhr und 7 Millionen weitere Passagiere befördert werden konnten.

Stromabschaltungen in Privathaushalten konnten aufgrund dieser Einsparungen vermieden werden. Auch die Versorgung von Hotels- und Tourismuseinrichtungen war über den gesamten Zeitraum hinweg gewährleistet, so Gil. Das Sparprogramm sei für Kuba eine gute Übung gewesen, und einige der Maßnahmen, wie die Energiekommissionen zur Evaluation des Stromverbrauchs in jeder Gemeinde, sollen auch künftig beibehalten werden, forderte Präsident Díaz-Canel.

Wie das Fachmagazin "Cubastandard" berichtet, wird Venezuela in den kom-

menden Wochen insgesamt 3 Millionen Barrel an Öl- und Treibstoffen nach Kuba liefern, von denen die ersten Chargen bereits eingetroffen sind. Diese Lieferungen würden für mind. zwei Monate reichen. Um US-Sanktionen zu umgehen, kommt dabei eine ältere venezolanische Tankerflotte zum Einsatz, welche seit Jahren nicht mehr ausgelaufen ist, berichtet die Nachrichtenagentur "Reuters". Die von US-Präsident Trump verkündete "Politik des maximalen Drucks" auf Kuba und Venezuela ist damit gescheitert, weshalb das Weiße Haus für die kommenden Wochen neue Sanktionen ankündigte.

Während sich die Energiesituation auf Kuba wieder schrittweise entspannt, hat der Ausbau des Internets auf der Insel einen großen Sprung nach vorne gemacht: seit dem 9. Oktober können die 5,4 Millionen Handynutzer der Insel das mobile Internet auch über das LTE-Netz nutzen. Entsprechende Sendemasten sind bisher in 11 Provinzen verfügbar. Der Rest des Landes soll im Laufe des Winters ebenfalls mit dem schnellen Mobilnetz versorgt werden. Damit konnte Kubas Präsident zwei Versprechen an die Bevölkerung einhalten: die Energiekrise ohne Stromabschaltungen zu managen und die Digitalisierung des Landes zur Priorität zu machen.

GÖTTINGER BLÄTTER

Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, dkpgoettingende.wordpress.com, goettingen@dkp-niedersachsen.de

Fridays for Future oder: Was hat Göttingen mit London gemein?

Ein großartiger 20. September war das in Göttingen: In einer der größten Demonstrationen der letzten Jahre hatten Schüler, aber auch einige Erwachsene ihre Forderung nach einer Politik bekräftigt, die den Bedrohungen der weltweiten Klimaveränderungen gerecht wird statt Beruhigungspillen zu verteilen.

Der Ton vieler herrschender Medien und politischer Parteien gegenüber dieser Bewegung hat sich geändert. Kanzlerin Merkel aber äußerte Kritik, andere aus der CDU und auch der SPD, aber auch eher konservativ orientierte Gewerkschaftsführungen rücken ab von Greta Thunberg und der Fridays For Future-Bewegung (FFF). Springers "DIE WELT" schäumte am Tag der Demonstration: "Längst haben andere gesellschaftliche Bewegungen die Dankbarkeit dieser Krise für ihre Sache genutzt und die Anschlussfähigkeit alter linker und linksradikaler Theorien und Schoten eingespeist. Aus der anfänglichen Neugier für liberale, marktwirtschaftliche Ideen ist ein bemerkenswerter Drift in ein staatsautoritäres Verbotes- und Regulierungsregime geworden."

Wer soviel Prügel von rechts auf sich zieht, muss auf dem richtigen Weg sein.

Den Weg weg von marktwirtschaftlichen – also kapitalistischen - Illusionen beschreiten nicht nur Menschen in Göttingen.

Zwei Wochen lang haben im Oktober tausende nach einem Aufruf der "Extinction Rebellion" – der "Rebellion gegen das Aussterben" – London regelrecht lahm-

CAPITALSM KILLS
OUR:UTURE

REDICAL MBEYOND EUROPE &

Fridays for Future
Demo in Göttingen

gelegt. Von unseren Medien wurde diese Marathon-Aktion, in deren Verlaufe über 1000 Menschen von der Polizei verhaftet wurden, nachdem sie den London Airport erfolgreich lahmgelegt und sogar die Eröffnungszeremonie des Parlaments infrage gestellt hatten, weitgehend ignoriert. Über England wird fast nur im Zusammenhang mit dem "Brexit" berichtet.

Gespräche und Medien auf der Insel aber wurden im Monat Oktober nicht nur vom "B-word", sondern zunehmend auch vom "C-word" geprägt: Climate-Change. Boris Johnson nannte die Aktivisten "crusties", Rasta-Zöpfe tragende Hippies, die" nach Hanf riechen". Die Klimabewegung in England ist der in Deutschland nicht nur in ihren Aktionsformen voraus. Es sind viele junge Leute, die in London vom "Trafalgar Square Camp" aus vierzehn Tage für eine radikale Klimawende kämpfen – aber mehr als bei uns sind mittlere und ältere Altersgruppen vertreten. Viele nicken, als einer, der vielleicht 45 Jahre alt ist, sagt: "Wir brauchen Veränderungen im System - individuelle Veränderungen reichen nicht!".

Andere – zum Beispiel ein Verkäufer des "Morning Star", der kommunistisch orientierten Tageszeitung in Großbritannien - weisen auf eine hierzulande verblüffende Verbindung zwischen den Themen Brexit und der Klimabewegung hin. Der Brexit nämlich ist auf von linken Gewerkschaftern und Parteien links der sozialdemokratischen "Labour Party" unterstützt worden, also denselben Kräften, die auch die Proteste am Trafalgar Square tragen. Sie pochen auf Respekt vor dem Ergebnis des Referendums von 2016: "Wir haben vor drei

Mitgliederversammlung im Oktober

Die Mitgliederversammlungen finden im Roten Zentrum, Lange Geismarstr. 2, statt

MV Dienstag., 05. November, 20:00 Uhr

* Was hat der ver.di-Bundeskongress gebracht – Eine Teilnehmerin berichtet * Vorbereitung der JHV der Göttinger Linke

Dienstag., 19. November, 20:00 Uhr FFF, Brexit und Extinction Rebellion: Was Göttingen von London lernen könnte

(s. nebenstehenden Artikel)

Jahren nicht klar "Raus aus der EU" gesagt, um nun Monat vor Monat Tricksereien der Herrschenden zu erleben, diesen Ausgang der Abstimmung infrage zu stellen." John Harris hat in einem Kommentar des "Guardian" die Verbindung zwischen B- und C-Wort so angedeutet: Unter der Decke dieses "Brexit-Alptraums" würden sich Keime einer neuen, selbstbewussten Linken entwickeln. Es gäbe eine Aufbruchstimmung für einen "New Green Deal", der sich mit einer vier-Tage-Arbeitswoche und grundlegenden Veränderungen unserer ganzen Art und Weise zu leben, verbinden könnte. Die Bewegungen, die jetzt entstünden, würden nicht mehr mit Verweis auf die EU-Gesetze eingehegt werden können und sie hätten seit dem Brexit - wenn er denn käme - auch die Erfahrung gemacht, dass sich selbst ein widerstrebendes Parlament dem Volkswillen beugen müsse.

Auch für Göttingen lohnt daher ein Blick über den Kanal – von dort könnte noch einiges kommen, von dem wir hier lernen können. (ms)



GROBIAN GRONER BÜRGERINITITIVE ANTIFASCHISMUS

Kontakt unter 0551-93435 (Gunnar)

Mail: grobian-grone.web.de

Treffen: Donnerstags 20.00 Uhr, Jona-Gemeinde



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer **BILDUNGSINITIATIVEN** e.V.

Anträge an den Ortsrat:

Alles abgelehnt!

"Antifaschismus" sagt man nicht!

In der Oktoberausgabe der Göttinger Blätter berichteten wir, dass Hendrik Falkenberg am 26. August einen eigenen Antrag, der sich mit den Nöten der MieterInnen der ADLER AG beschäftigt, eingebracht sowie einen Antrag zu den Prozessen gegen AntifaschistInnen, die im vergangenen Jahr gegen den Nazi-Aufmarsch in Grone aktiv waren, initiiert hatte. Der Verfasser dieser Zeilen erlaubte sich vorherzusehen, dass beide Anträge wohl nicht durchkommen werden:

Der erste Antrag entspricht nicht der nieders. Gemeindeordnung (Ansage der Verwaltung) und der zweite musste erst "entschärft" werden:

Der Begriff "Antifaschismus" musste ´raus und dass die Ortsbürgermeisterin auch die Straße blockiert hatte, sollte auch nicht mehr erwähnt werden.

So legte denn das Ortsratsmitglied Maria Gerl Plein einen entsprechenden alternativen Vorschlag vor, der von allen Mtgl. des Ortsrates "privat" unterschrieben wurde – auch von Hendrik Falkenberg, da hier ein Minimum an Solidarität mit den AntifaschistInnen zu lesen war. (gusi)

Erklärung von Ortsratsmitgliedern des Ortsrates Grone

Am 18. August letzter. Jahres fand ein von Jens Wilke organisierter Aufmarsch Rechtsradikaler in Grone statt. Gegen diesen Aufmarsch haben die Gronerinnen und Groner mit vielfältigen Aktionen fantasievoll und friedlich protestiert.

Der Ortsrat, viele Vereine, die Jonagemeinde, das Nachbarschaftszentrum und viele Bürgerinnen und Bürger nicht nur aus Grone haben gezeigt, dass sie sich alle gemeinsam gegen diese Neonazis wehren. Erfreulicherweise haben auch viele Menschen aus anderen Stadtteilen und Gemeinden durch ihr Kommen ihre Solidarität bewiesen.

Einige Teilnehmerinnen haben sich dabei auch auf die Straße gesetzt, um den Rechten den Weg zu versperren. Wir halten es für das falsche Signal, wenn die Stadt Göttingen jetzt einzelne Menschen deswegen mit Bußgeldern belegen und diese auch einklagen will. Die Stadtverwaltung sollte mit ihren Maßnahmen den Widerstand gegen solche Aufmärsche stärken und nicht kriminalisieren.

Wir, Mitglieder des Ortsrates Grone, fordern die zuständigen Stellen daher auf, das Engagement der Zivilgesellschaft zu stärken und jegliches Ermessen zur Zurückziehung der Ordnungswidrigkeitsverfahren / Klagen auszuüben.

Unterschriften



Grobian in Kassel

Neues von der ADLER AG:

Wieder falsche Nebenkostenabrechnung!



In den letzten Wochen flatterten den MieterInnen der ADLER AG wieder einmal die Nebenkostenabrechnung, für das Jahr 2018, ins Haus. Und wieder einmal sind sie falsch!

Die Mieterinitiative Grone, der dies aufgefallen ist, hatte sich bereits Anfang Oktober getroffen, um gemeinsam zu überlegen, wie man sich vor derartigen Fehlern schützen kann egal ob sie aus Unfähigkeit oder aus "Absicht" passieren.

Und sie haben gesagt, dass sie das nur gemeinsam tun können! (gusi)



DIE LINKE.

www.die-linke-goettingen.de

Kreismitgliederversammlung

Mittwoch, 13. November 2019, 19:00 Uhr, Saal der Roten Hilfe, Lange-Geismar-Str. 3, Göttingen

Vorläufige Tagesordnung:

- 1. Eröffnung und Begrüßung, Feststellung der Tagesordnung
- Aktuelle 1/2-Stunde
- Nachwahlen (Nachbesetzung freier Frauenplätze)
- 3.1. Kreissprecher*innenrat
- 3.2. Ersatzdelegierte zum Landesparteitag
- 4. Finanzplan 2020
- 5. Vorbereitung Delegiertenwahlen Bundesparteitag, ggfls. Voten
- 6. Berlin-Fahrt im Mai
- 7. Kreispolitik / Schwerpunkt Gemeindefusionen
- Verschiedenes
- 8.1. Zusammenkunft zum Jahresende oder -anfang

Jugendverband ['solid]:

In der Regel wöchentlich: Donnerstag, 19.30 Uhr bei Arbeit und Leben, Lange Geismar Str. 73

Kommunalpolitischer Arbeitskreis:

Mittwoch, 4. Dezember 2019 im Neuen Rathaus, Raum 1118

Thema: Klimaschutz (geplant)

Termine der Ortsverbände:

OV Göttingen Mitgliederversammlung:

Mitgliederversammlung:

Montag, 4. November 2019, 19:00 im Foyer des Roten Zentrum,

Thema: Nach den Wahlen. Analysen und Konsequenzen der Wahlergebnisse der LIN-KEN (mit Eckhard Fascher) und Vorbereitung der MV der GöLinken am 26.11.

Jahreshauptversammlung

Montag, 2. Dezember 2019, 19:00 Uhr, Foyer des Roten Zentrums, Lange-Geismar-Str. 2

- Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Tagesordnung, Wahl der Versammlungsleitung, Protokoll, Mandatsprüfung
- Bericht des OSR
- 3. Wahl des Ortssprecher*innenrates
- 3.1. Wahl einer Wahl- und Zählkommission
- 3.2. Wahl der Liste zur Sicherung der Mindestquotierung
- 3.3. Wahl der gemischten Liste
- 4. Arbeitsplanung des Ortsverbandes
- 5. Kommunalwahlen 2021
- Termine / Verschiedenes

OV Altkreis-Osterode Mitgliederversammlung:

Freitag, 8. November, 19:00 Uhr, Tulpenweg 2 a, Keller, Dransfeld. Hauptthema: Ungerechte Friedhofsgebühren

OV Dransfeld Mitgliederversammlung:

Freitag, 8. November, 19:00 Uhr, Tulpenweg 2 a, Keller, Dransfeld.

Hauptthema: Ungerechte Friedhofsgebühren

OV Bovenden Mitgliederversammlung

Nächsten Termin bitte bei Marius Fedry (vgl. Adressenspalte).erfragen.

Arbeitskreise

AG Antifa Treffen

Mittwoch, 13. November, 18:00 Uhr im Foyer des Roten Zentrum. Mittwoch, 27. November, 18:00 Uhr im Foyer des Roten Zentrum.

KV Göttingen/Osterode

Lange Geissmarstraße 2, 37073 Göttingen Tel.: 05 51 - 29 14 05 46

kreisverband@die-linke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Anfragen an: kreisverband@die-linke-goettingen.de)

Jugendverband [;solid]:

Mail: solid(at)solid-goettingen.de und bei facebook Homepage: https://solid-goettingen.de/

Hochschulgruppe SDS: Katja Sonntag, E-Mail: katja.sonntag@die-linke-goettingen.de

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail: ortsverband@dielinke-goettingen.de

Bettina Weigert, Tel. 0175-1948368 rosdorf@dielinke-goettingen.de

OV Bovenden

Marius Fedry, Tel. 0159 01282354

bovenden@dielinke-goettingen.de

OV Altkreis Osterode

Ilyas Cangöz

kreis.osterode@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a, 37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034, dransfeld@dielinke-goettingen.de

OV Hann. Münden

E-Mail: Hann.Muenden@die-linkegoettingen.de

Zusammenschlüsse:

Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973 Festnetz: 0551-40137061 eckhardfascher@web.de

Antikapitalistische Linke

Edgar Schu, Tel. 0551-20190386 edgar.schu@goettinger-linke.de

AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke.

Tel. 0551-61401/0151-14444619, E-Mail: ag-gb@dielinke-goettingen.de

Britta Schmerling, Tel. 0551-486538

Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer

E-Mail: SL-Goettingen@web.de

Kommunistische Plattform

Peter Strathmann,

E-Mail: walter.noobsch.kpf@gmx.de

ag-antifa@die-linke-goettingen.de

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Eckhard Fascher,

E-Mail: rlc-goettingen@rls-nds.de http://nds.rosalux.de/ und bei facebook.

Spendenkonto KV Göttingen

Volksbank Kassel Göttingen eG IBAN DE08 5209 0000 0047 3038 00



EDITORIAL

Die Plenarsitzung von den Herbstferien war trotz ihrer wenig umfangreichen Tagesordnung thematisch abwechslungsreich. Unsere Gruppe brachte auch diesmal die meisten Anträge ein und musste zudem aufpassen, dass 'bedenkliche Vorlagen nicht ohne Wortbeiträge

Erfreulicherweise war nach seiner längeren Krankheit auch Konrad Kelm wieder an Bord, der sich auch gleich wieder in die Debatte einbrachte, leider aber auch viel rechten Unfug mit anhören musste.

Nicht auf der Kreistagssitzung, sondern nur im Fachausschuss und Kreisausschuss wurde die Umsetzung des ÖPNV-Tarifgutachtens behandelt. Es wurde dabei einvernehmlich beschlossen, dass der Landkreis u.a. ein Sozialticket für SGB-II-Empfänger und das 5-Euro-Ticket im ZVSN durchsetzen will.

Fraktion DIE LINKE. im Kreistag Kreishaus, Zi. 66 Reinhäuser Landstr. 4 37083 Göttingen Tel 05 51-525 2108

dielinke@landkreisgoettingen.de dielinke-goettingen.de/kreistag

TOP 10 - Resolution: Gedenken der Opfer von rechter Gewalt

Die Resolution wurde von unserer Gruppe in den Kreistag eingebracht, wobei der ursprüngliche Antragstext vorsah, der Stadt Göttingen vorzuschlagen, den Platz vor dem Kreishaus in "Yozgat-Lübcke-Platz" umzubenennen.

Während letzterem von der Mehrheit des Plenums nicht gefolgt wurde, gab es für den eigentlichen Resolutionstext eine breite Mehrheit. So gedenkt der Kreistag Göttingen den Opfern rechter Gewalt, insbesondere an die Ermordung des Betreibers eines Kasseler Internetcafes Halit Yozgat, 2006 durch den NSU und des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke in diesem Jahr. Halit Yozgat wurde ermordet, weil er türkischstämmig war und Walter Lübcke, weil er sich deutlich für die Aufnahme von Geflüchteten ausgesprochen hat.

Nachdem Mohan Ramaswamy den Antrag für unsere Gruppe eingebracht hatte, stellte auch Nadia Affani (SPD) klar, dass Gewalt zu rechter Politik dazugehört. Lediglich von Seiten der FDP kam noch ein unpassender Hinweis auf "linke Gewalt" – und das nach brutalen Mordanschlägen von Rechtsradikalen. Der Applaus aus der rechten Hälfte des Plenums war dabei ebenso peinlich.

TOP 12 - Landkreis Gö unterstützt Menschen, die im Mittelmeer gerettet wurden

In zeitlicher Nähe wurden zwei nahezu gleichlautende Anträge unserer Gruppe und der verwaltungsnahen Kreistagsgruppe SPD/Grüne/FWLG eingebracht, so dass wir unseren Antrag zurückgezogen haben. Konrad Kelm wies darauf hin, dass das Mittelmeer die tödlichste Grenze der Welt sei und zudem die Seenotrettung nach wie vor kriminalisiert werde, wogegen sich der Kreistag mit diesem Beschluss ausspricht. Außerdem wurde beschlossen, dass der Landkreis Göttingen die schnelle und unkomplizierte Aufnahme und Unterbringung von aus Seenot geretteten Menschen zusätzlich zur Verteilungsquote von Schutzsuchenden sicherstellt.

Nachdem die äußersten Rechten in den bisherigen drei Jahren dieser Wahlperiode praktisch nicht in Erscheinung getreten waren und meistens fehlten, traten diese in absolut unmöglichen Redebeiträgen, bei denen Fremdschämen angesagt war, auf. Der Landkreis unterstütze mit dem Beschluss kriminelle Schleuser und der Rechtsstaat werde ausgehebelt, war vom Vorsitzenden der UMG-Fraktion (vormals AFD) zu vernehmen. "Alle Menschen sollen da bleiben, wo sie sind", pflichtete Ex-AFD-Göthel bei. Eine breite Mehrheit der Vernunft fasste schließlich den Beschluss, wobei einige Gegenstimmen aus der CDU nicht unerwähnt bleiben sollen.

TOP 13 - Modellversuch 5-€-Ticket Göttingen - Duderstadt

Zwischen Duderstadt und Göttingen wurde im Frühjahr 2019 eine sogenannte Schnellbuslinie eingerichtet, als Ersatz gewissermaßen für die seit Jahrzehnten fehlende Bahnanbindung in Duderstadt. Wider Erwarten wird diese vorzügliche Verbindung ausgesprochen schlecht frequentiert. Um hier gegenzusteuern wurde von unserer Gruppe beantragt, das für den gesamten Landkreis geplante 5-€-Ticket auf dieser Relation vorab einzuführen, da die Vermutung nahe liegt, dass die derzeit viel zu hohen Preise Hauptursache für die geringe Auslastung sein könnten. Dass das Tarifniveau in Südniedersachsen zu hoch ist, wurde von der Verwaltungsgruppe nicht bestritten, es wurde sogar offensiv gefordert, hier entsprechend zu handeln. Gleichwohl musste der Antrag, weil er von uns kam, verworfen werden. Von der stellvertretenden Kreistagsvorsitzenden Obergöker wurde er gar als "störend" bezeichnet.

TOP 18 - Unterstützung freiwilliger Gemeindefusionen

Nach der Vorlage der Verwaltung ist vorgesehen, den freiwilligen Zusammenschluss von Gemeinden zu Gebilden mit mindestens 10.000 Einwohnern sowie die Umwandlung von Samt- in Einheitsgemeinden finanziell zu fördern. Hintergrund ist die drohende Fusion der Südharzgemeinden Bad Lauterberg, Bad Sachsa und Walkenried, die von unserem dortigen Ortsverband abgelehnt wird.

Für DIE LINKE lehnte Eckhard Fascher diese Fusionsrendite ab. In seinem technokratischen Denken setze der Landrat auf immer größere kommunale Einheiten, die grundsätzlich positiv beurteilt würden. Eine kritische Abwägung der Vor- und Nachteile finde nicht statt. Er betonte die kritische Haltung vieler Bürgerinnen und Bürger, die den Verlust von Bürgernähe fürchten. DIE LINKE bleibt bei ihrer kritischen Haltung zu Gebietsfusionen.

TOP 23 - Vorbereitung der Verbandsversammlung des Abfallzweckverbandes

In der zum Durchwinken konzipierten Vorlage sollte darüber entschieden werden, ob die Mechanisch-Biologische Abfallbehandlung (MBA) Südniedersachsen in Deiderode von einer Nass- auf eine Trockenvergärung umgebaut wird.

Eckhard Fascher kritisierte dabei, dass nun eine neue Technologie unter Rückbau der alten Technologie installiert werden solle. Es sei darüber zu entscheiden, dass weitere mindestens 15,5 Millionen Euro ausgegeben werden sollen, die schnell zu 20 Mio. Euro anwachsen könnten. Interessanterweise wurde noch von zwei Jahren von einer Summe von etwa 7 Mio. Euro ausgegangen.

Unsere Gruppe werde ohne eine Aufklärung über kostengünstigere Optionen den Vorschlägen nicht zustimmen können, dazu erscheint es uns einfach zu undurchsichtig. Ohne weitere Redebeiträge wurde die Vorlage von den übrigen Fraktionen gegen unsere Stimmen durchgewunken.

TOP 26 - Klimaschutz bei jeder Amtshandlung

Neu eingebracht wurde von unserer Gruppe der Antrag, dass der Landkreis Göttingen künftig bei jeglicher Entscheidung die Auswirkungen auf das Klima berücksichtigt und Lösungen bevorzugt, die sich positiv auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz auswirken. -> an den Fachausschuss verwiesen.



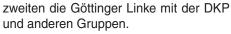
DIE LINKE.

Kreisverband Göttingen/Osterode

Wiedereröffnung des Roten Zentrums

Am 21. September fand die feierliche Wiedereröffnung des Roten Zentrums in der Langen Geismarstr. 2, Göttingen statt.

Nach einer umfassenden Renovierung im Erdgeschoss, sind die Räumlichkeiten so hergerichtet, dass sie wieder voll genutzt werden können. So ist nach einer Pause von knapp drei Jahren wieder Parteiarbeit im Roten Zentrum uneingeschränkt möglich. Bereits zum Juni hatte DIE LINKE ihr Interrimsbüro in der Bürgerstr. verlassen. Einen der beiden Büroräume nutzt jetzt die Partei, den



Ab elf Uhr feierte unser Kreisverband die Büro-Wiedereröffnung, übergangslos ab 14 Uhr fand dann die gemeinsame Feier aller Nutzergruppen statt. Zur Begrüßung bedankten sich sowohl Edgar Schu für den KSR als auch Sabine Lösing bei

den Partnern im Nutzerverein für deren persönlichen Einsatz bei der Initiierung des Projektes und die Renovierung des

Roten Zentrums. Auch der Landesvorsitzende der LINKEN Lars Leopold und der Bundestagsabgeordnete Victor Perli waren nach Göttingen gekommen. In ihren Begrüßungsreden freuten sie sich über das gute Zusammenwirken der Partei mit außerparlamentarischen Gruppen im Roten Zentrum. In einer Gesprächsrunde mit den Beiden, die von Sabine moderiert wurde, ging es u.

a. um die Pflege- und Mietenkampagnen. Göttingen ist massiv durch Wohnungsnot und Mietwucher betroffen. Die gesamte Fläche leidet unter dem Pflegenotstand. Wir werden uns auch in Zukunft auf die Kooperation mit unserer Bundes- und Landesebene verlassen können. Victor Perlirichtet zudem im nächsten Jahr für fünfzig

Interessierte aus unserem Kreisverband eine Bundestagsfahrt aus.

Das enge Zusammenwirken der Gruppen im Roten Zentrum wurde während der Feier in verschiedenen Beiträgen deutlich. In weiteren Gesprächsrunden berichtete Gunnar Siebecke als Mitglied der DKP und von GROBIAN über die Geschichte der Göttinger Linken und der früheren Linken Liste. Kurzweilig erzählte er von den Anfängen eines Roten Zentrums ab 1990 in der Bertheaustr, und später im Naturfreundehaus. Die Redner*innen des Trägervereins nahmen Bezug auf DIE LINKE als parlamentarische Vertretung, die allerdings immer wieder durch die au-Berparlamentarischen Gruppen geerdet werden müsse.

Zum Abschluss der Parteifeier spann Eckhard Fascher den Bogen zur nächsten Kommunalwahl und betonte die Notwendigkeit der stärkeren Einbeziehung von nahestehenden Gruppen und Initiativen. Ihn stimmt optimistisch, dass die außerparlamentarischen Aktivitäten u.a. durch die Neugründung des Friedensbüros oder "Fridays for Future" deutlich zugenommen haben.

Eckhard wurde auch für zwanzig Jahre Parteimitgliedschaft geehrt. Für zehn Jahre Mitgliedschaft wurden unser Kreisschatzmeister Dietmar Reitemeyer, das Geismarer Ortsratsmitglied Thomas Bredy und weitere geehrt.

○ LINKE gegen Fusionszuschuss

In der letzten Kreistagssitzung am 2.10. hatte der Kreistag gegen die Stimme des LINKEN Fraktionsvorsitzenden Eckhard Fascher eine Verwaltungsvorlage beschlossen, die die Förderung eines freiwilligen Zusammenschlusses von Gemeinden, und der Umwandlung von Samtgemeinden in Einheitsgemeinden mit bis zu einer Mio. Euro als freiwillige Leistung des Landkreises vorsieht. Hierbei sollen nur Zusammenschlüsse gefördert werden, deren Einwohnerzahl dann 10.000 Einwohner übersteigt. Zusammenschlüsse von über 20.000 Einwohnern können mit einer höheren Förderung rechnen. Auslöser dieses Beschlusses ist die geplante Fusion der Südharz-Gemeinden Bad Lauterberg, Bad Sachsa und Walkenried. In Absprache mit dem Land wurde dieses Verfahren gewählt, um gerade auch diese Fusion finanziell fördern zu können.

Eckhard Fascher hatte in seiner Rede kritisiert, dass der Landrat "in seinem

technokratischen Denken" auf immer größere kommunale Einheiten setzen würde, die grundsätzlich positiv beurteilt würden. Eine kritische Abwägung der Vor- und Nachteile von solchen Fusionen fände nicht statt. Gerade Gemeindefusionen würden aber bei vielen Bürgerinnen und Bürgern Ängste auslösen, da sich diese häufig mit ihren jeweiligen Städten und Gemeinden identifizieren und "leider zu Recht" einen Verlust von Bürgernähe befürchten. Eckhard befindet sich damit im Einklang mit dem OV Altkreis Osterode, von dessen Seite, die Fusion der drei Gemeinden abgelehnt wird. Die Genossen Timo und Hanjo Rose, die in der betroffenen Gemeinde Walkenried leben, hatten als Sprecher des Ortsverbandes wiederholt auf den Verlust von Bürgernähe und der kommunalpolitischen Infrastruktur verwiesen und befürchten zudem, dass innerhalb des neuen Gebildes abgelegenere Orte zu Gunsten Bad Lauterbergs

abgehängt werden könnten. Dies beträfe vor allem ältere, ärmere und kranke Menschen. Auch die Umwandlung der Samtgemeinde Walkenried als Verwaltungseinheit für drei Gemeinden zu einer Einheitsgemeinde wurde abgelehnt.

In der Tat dient vor allem die Strukturschwäche einzelner Gemeinden nicht nur in diesem Fall, sondern regelmäßig als Sachzwang-Argument für eine Fusion von Gebietskörperschaften. So sind durchaus weitere Bestrebungen dieser Art für kleinere Gemeinden wie Staufenberg, Adelebsen oder Bad Grund zu befürchten. Samtgemeinden wie Dransfeld könnten umgewandelt werden. Bürgernähe oder die Identifikation mit Gemeinden spielt dabei keine Rolle, ebenso wenig wie die aus LINKER Sicht eigentlich einzige logische Konsequenz, endlich mal darüber nachzudenken wie Kommunen generell gestärkt werden könnten, um endlich ihre Aufgaben erfüllen zu können. Erst wird die Daseinsvorsorge privatisiert und alles kaputtgespart und wenn dann gar nichts mehr geht eben fusioniert.



Rotes Zentrum e.V.

im Lieschen-Vogel-Haus · Lange-Geismar-Straße 2 · 37073 Göttingen

Mail: rotes-zentrum-goettingen@posteo.de

Unser Spendenkonto und das aktuelle Veranstaltungsprogramm senden wir auf Anfrage gerne zu



Neu im Roten Zentrum:

Antifaschistisches Bildungszentrum und Archiv Göttingen (ABAG)

Zu den Veränderungen innerhalb des Roten Zentrums zählt eine neue NutzerInnengruppe. Bereits seit Januar 2019 hat das Antifaschistisches Bildungszentrum und Archiv Göttingen (ABAG) Räume in der Lange-Geismar-Straße 2 bezogen. Das neue Rote Zentrum unterstreicht damit einen deutlichen antifaschistischen Schwerpunkt. Am 8. November stellt das ABAG seine Arbeit interessierten NutzerInnen und BesucherInnen mit einer Veranstaltung im Rahmen des Veranstaltungskalenders des Roten Zentrums vor.

Die extreme Rechte ist in der Bundesrepublik eine andauernde Gefahr für eine offene, soziale und demokratische Gesellschaft. Dabei ist es ohne weiteres feststellbar, dass ihre verschiedenen Strömungen und Akteure - seien es neonazistische Gruppierungen und Parteien, die Neue Rechte, ReichsbürgerInnen, extrem rechte Studentenverbindungen, völkisch geprägte RechtspopulistInnen oder religiös-fundamentalistische Vereine - auch in Südostniedersachsen und Nordthüringen teils seit Jahrzehnten aktiv sind. Das AB-AG setzt es sich zur Aufgabe, generell über Ausprägungen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit aufzuklären und die aktuellen wie auch zeithistorischen Praxen der extremen Rechten in der Region zu dokumentieren.

Interessierten wird die Möglichkeit gewährt, sich einen grundsätzlichen Überblick über extrem rechte Strukturen und Ideologien zu verschaffen. ReferentInnen des ABAG stehen zum Beispiel öffentlichen Bildungsträgern, Gewerkschaften, Parteien oder BürgerInneninitiativen für inhaltliche Workshops, Seminare und Vorträge zur Verfügung. Angebotene Themen sind unter anderem extrem rechte Parteien in der Region, die Kritik an den Strukturen studentischer Korporationen oder antifeministische Ideologien innerhalb der Neuen Rechten. Zudem bietet das ABAG Praxisworkshops an, etwa zu Datenverschlüsselung und Anonymisierung im Internet oder zu Grundlagen antifaschistischer Recherche. Das Archiv steht auch für externe Bildungs-, wissenschaftliche oder journalistische Arbeit nach vorheriger Anmeldung zur Verfügung.

Archiv und Bibliothek

Das Archiv des ABAG besteht maßgeblich aus diversen Primärquellen der regionalen Extremen Rechten, wie etwa neonazistischen Flugblättern, neurechten Publikationen oder parteirechter Wahlpropaganda. deren Ursprünge bis in die 1970er Jahre zurückreichen. Sein Bestand beschränkt sich dabei hauptsächlich auf (Südost-) Niedersachsen und Nordthüringen, es lassen sich aber auch beispielsweise bundesweit erscheinende Periodika der Extremen Rechten und antifaschistische Fachzeitschriften aus anderen Regionen bei uns finden. Eine geplante Fachbibliothek befindet sich derzeit im Aufbau. Das ABAG ist aber nicht nur ein Dokumentationszentrum über die geschichtlichen Aspekte der extremen Rechten, sondern informiert auch über ihre aktuellen Handlungen in Südostniedersachsen und Nordthüringen. Daher erscheint die Vereinszeitschrift "Hingeschaut! Die extreme Rechte in der Region", die regelmäßig an seine Fördermitglieder verschickt wird.

Fördermitglied werden!

Das Antifaschistisches Bildungszentrum und Archiv Göttingen (ABAG) ist ein eingetragener Verein. Die Arbeit des ABAG wird ehrenamtlich betrieben, dennoch entstehen erhebliche regelmäßige Kosten. Um diese decken zu können, ist der Verein auf UnterstützerInnen angewiesen. Fördermitglieder erhalten regelmäßige Informationen über die Entwicklungen des Vereins, bekommen die Zeitschrift "Hingeschaut! Die extreme Rechte in der Region", weitere ausgewählte Flyer und Broschüren sowie Hinweise auf Veranstaltungen und Workshops kostenlos zugesandt und werden bei Besuchen im ABAG-Archiv ganz besonders nett behandelt. Auch einmalige Spenden sind hilfreich.

RZ: Veranstaltung im November

"Rechtsruck"?

Historische Perspektiven auf rechte Formierungen.

Diskussionsveranstaltung mit Eric Angermann (Historiker und aktiv im ABAG)

Freitag, 8.11.2019, 19 Uhr im Rote Hilfe-Saal, Lange-Geismar-Straße 3, Göttingen

Seit den Wahlerfolgen der AfD in Deutschland und weiterer rechter Parteien in Europa sprechen antifaschistische Initiativen, FachjournalistInnen und kritische WissenschaftlerInnen beinahe einhellig von einem gesellschaftlichen "Rechtsruck". Blickt man auf die bundesdeutsche Geschichte der Extremen Rechten und des Konservatismus. lässt sich diese Bewertung jedoch hinterfragen. Denn Positionen wie jene der AfD waren seit der Gründung der BRD wiederholt wirkmächtig. In dieser Veranstaltung soll zunächst die historische Entwicklung reaktionärer Kräfte und ihrer Ansichten skizziert werden. In der Folge soll gemeinsam diskutiert werden, inwieweit die gegenwärtigen Kräfteverhältnisse die Erzählung eines "Rechtsrucks" zulassen und ob ein alternatives Narrativ die Niederlagen, aber eben auch die Erfolge progressiver Bewegungen eher sichtbar machen würde.

Das Förderkonto lautet:

Antifaschistisches Bildungszentrum und Archiv Göttingen e.V

GLS Gemeinschaftsbank eG IBAN: DE88 4306 0967 4133 9916 00 BIC: GENODEM1GLS

Anfragen erreichen das ABAG am besten per Mail an:

kontakt@antifaschistisches-archiv.org

GÖTTINGER BLÄTTER

Wähler*innengemeinschaft



sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

Einladung zur Jahresmitgliederversammlung 2019

Datum: Dienstag, 26. November 2019, 19.00 Uhr Arbeit und Leben, Lange-Geismar-Str. 72/73, Göttingen

Vorschlag für die Tagesordnung

- 01. Eröffnung und Begrüßung
- 02. Konstituierung der Versammlung
 - Wahl der Versammlungsleitung
 - Beschlussfassung über Tages-, Geschäftsordnung
 - Wahl der Mandatsprüfungskommission
- 03. Rechenschaftsbericht des Sprecher*innenkreises Rechenschaftsbericht der Fraktion
- 04. Kassenbericht
- 05. Revisionsbericht
- 06. Diskussion
- 07. Entlastung
- 08. Antragsberatung und Beschlussfassung
- 09. Verschiedenes
- 10 Schlusswort

Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke Jahresmitgliederversammlung 2019



Antrag des SK an die Mitgliederversammlung 2019

Die Mitgliederversammlung der Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke am 26. November 2019 möge beschließen:

- 1. Die Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke wird bei den Kommunalwahlen 2021 mit Listen zu den Wahlen des Rates der Stadt Göttingen sowie der Ortsräte im Stadtgebiet antreten.
- 2. Im Oktober 2020 wird die Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke wieder zu den "traditionellen" kommunalpolitischen Ratschlägen einladen, um kommunalpolitische Ziele für die Wahlperiode 2021 - 2026 zu erarbeiten.
- 3. Hier wird ein Wahlprogramm gemeinsam mit dem Kreisverband Göttingen/ Osterode der Partei DIE LINKE im Landkreis entsprechend deren Beschluss v. 28.8.2019 - erarbeitet sowie die Diskussion über die Kandidatenliste der Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke und - im Rahmen des Wahlgesetzes - eine Beschlussfassung vorgenommen.

Begründung:

Mit Zufriedenheit und einigem Stolz blicken wir auf die zurückliegenden drei Jahre der derzeitigen Wahlperiode zurück: Die Zusammenarbeit der Ratsfraktion war durchweg von Vertrauen einerseits und Kollektivität andererseits geprägt, und auch das Ausscheiden von Gerd Nier hat diesem keinen Abbruch getan, obwohl seine Kenntnis und Ideen natürlich fehlen. Bärbel Safieh als Nachrückerin und Christa Siebecke als wiederum ihre Nachfolgerin im Jugendhilfeausschuss haben sich nahtlos in die Arbeit von Rolf

Ralle als neuem Fraktionsvorsitzendem und Edgar Schu eingereiht. Auch die vor einem Jahr begonnene konkrete Zusammenarbeit mit Torsten Wucherpfennig in einer gemeinsamen Gruppe im Rat der Stadt ist konstruktiv und kollegial.

Inhaltlich war die Arbeit so angelegt, dass die Fraktion einerseits konstruktive Vorschläge in den Rat einbrachte, andererseits den Finger dorthin legte, wo es den anderen "weh" tat. Geprägt war die Arbeit vor allem durch die Anfragen, Anträge und Diskussionsbeiträge im Bereich des Wohnungsbaus und der Wohnsitua-

Kontakte:

Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke

Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2 37073 Göttingen www.goettinger-linke.de

E-Mail: sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

SprecherInnenkreis:

Thomas Bahrs, Dr. Eckhardt Fascher, Oliver Preuß, Bärbel Safieh. Dr. Christian Schüler, Christa Siebecke

Kassierer:

Gunnar Siebecke

Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)

Hiroshimaplatz 1-4 37083 Göttingen Telefon: 0551-400 2347

GoeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:

Udo Trost

Öffnungszeiten des Büros:

Mo. 09:00 - 12:30 Uhr Mi. 14:00 - 17:00 Uhr Do. 13:00 - 17:00 Uhr

Fraktionssitzung:

Mittwoch 17.00 Uhr (öffentlich)

Mandatsträger:

Rolf Ralle (Fraktionsvorsitzender)

Bärbel Safieh Edgar Schu

Kommunalpolitischer Arbeitskreis:

Mittwoch, 04.Dezemer, 19.00 Uhr, Neues Rathaus, Raum 1118

Thema: Klimaschutz (geplant)

tion der Studierenden. Hier sind - auch mit Hilfe etlicher weiterer Genoss*innen und Freund*innen - Bündnisse und Zusammenarbeiten entstanden, die zu Beginn der Wahlperiode noch gar nicht absehbar waren. Ähnlich arbeitete die Ratsfraktion auch zu zahlreichen anderen Themen wie die Durchsetzung der IGS in der Schulpolitik, der Fragen der Geflüchtetenpolitik und der dann erfolgten Schließung der Unterkunft Siekhöhe, der verschiedensten Fragen im Bereich der Jugendhilfe oder der wiederholten Forderung nach der Ausschüttung der Sparkassengewinne.

Die Arbeit im kommunalpolitischen Arbeitskreis war von einem guten Diskussionsklima geprägt, dabei hat sich eine gute konstruktive Zusammenarbeit der Ratsfraktion und auch der Kreistagsfraktion mit dem Sprecher*innenkreis und den weiteren Teilnehmenden entwickelt.

(...) weiter nächste Seite



Wähler*innengemeinschaft



(...) Fortsetung von Seite 10

Gleichzeitig ist es gelungen, die Arbeit des kommunalpolitischen Arbeitskreises zu qualifizieren: Zu unterschiedlichen Themen wurden Abende veranstaltet, die sowohl die Mitglieder der Fraktion wie auch des Sprecher*innenkreises und weitere Mitglieder und Freunde schulten und weiterentwickelten. Es wurden Politikbereiche hinterfragt und intensiviert, die in der konkreten Arbeit der Ratsfraktion, aber auch der Kreistagsfraktion eine Rolle spielten. Auch gingen von hier aus Initiativen für Aktivitäten im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit und Aktionstätigkeit aus. Es gilt, hier die politischen Ansätze auszubauen und für eine Mitarbeit zu werben.

Der Sprecher*innenkreis, der im Wesentlichen erst seit einem Jahr in dieser Zusammensetzung (Thomas Bahrs, Ecki Fascher, Oliver Preuss, Bärbei Safieh, Christian Schüler, Christa Siebecke) arbeitet, hat sich zu einer konstruktiven und vertrauensvoller Zusammenarbeit gefunden, wozu vor allem die Mitgliedschaft von Bärbel Safieh, die auch Mitglied der Fraktion ist, erheblich beigetragen hat. Hierdurch ist eine relativ enge Verzahnung der Themen und Aktivitäten in der Fraktion, dem kommunalpolitischen Arbeitskreis und den Aktionen in Grone möglich geworden.

Die Arbeit des Mitglieds des Ortsrats Grone, Hendrik Falkenberg, die in die inhaltliche Arbeit der GROBIANe eingebettet ist, war in dieser Wahlperiode gekennzeichnet von enger Zusammenarbeit mit der Fraktion vor allem im Bereich der Wohnungspolitik. Dabei hat die ADLER AG mit der Absicht, im Stadtteil richtig "Geld zu verdienen", die lautstark verkündeten Pläne der Stadt, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, konterkariert. Die Gremienarbeit von Hendrik Falkenberg im Ortsrat zielte darauf ab, vor allem den SPD- und Grünen-Mitgliedern einerseits die Augen über die wahren Verhältnisse im Wohnungsbau zu öffnen und sie andererseits "mit ins Boot" zu holen. Es ist so gelungen, das "Dreieck" Ratsfraktion (und Ortsratsarbeit in Grone), Sprecher*innenkreis und kommunalpolitischer Arbeitskreis zu

einer fruchtbaren Zusammenarbeit zu führen, in der die Bereiche der Information/Schulung, Rats- und Ortsratstätigkeit sowie außerparlamentarische Aktion sich gegenseitig bereicherten und anregten. Dies ist ein positives Beispiel für andere Politikbereiche und andere Stadtteile.

Stärker als es bisher zu anderen Themen gelungen ist, wurde in der Wohnungspolitik in Grone auch die außerparlamentarische Arbeit der Göttinger Linke sichtbar: Sowohl durch Flugblätter und Veranstaltungen, die namens der Wähler*innengemeinschaft herausgegeben bzw. durchgeführt wurden, als auch durch das Wirken der einzelnen Personen, die in ihrer Mehrzahl als Mitglieder der Göttinger Linke bekannt sind.

Die Arbeit der Wähler*innengemeinschaft ist in verschiedenen Formationen seit 1991 weitgehend erfolgreich, das Bündnis "Göttinger Linke" hat sich bewährt. Es besteht bei der Kommunalwahl 2021 seit dreißig Jahren. Nach zwei Legislaturperioden mit nur einem Ratsmandat gibt es seit 2006 es eine dreiköpfige Fraktion im Stadtrat, die insgesamt gut und erfolgreich mit der ebenfalls seit 2006 bestehenden Kreistagsfraktion der Partei DIE LINKE zusammenarbeitet.

Diese erfolgreiche Arbeit wird jetzt in der Wahlperiode 2021 - 2026 fortgesetzt. Die Diskussion hierzu muss einerseits auf unseren eigenen Erfolgen beruhen, andererseits aber auch die Umbruchsituation um uns herum beachten: Derzeitige Akteure auf der kommunalpolitischen Ebene werden – voraussichtlich - nicht mehr dabei sein, neue Akteure werden sich hier zu Wort melden. Es gilt, Interessierte auf der Grundlage unserer Programmatik anzusprechen und für unsere Kandidatur zu gewinnen.

Die Göttinger Linke versteht sich als rigorose Interessensvertreterin der 90 Prozent, die von einem Erwerbseinkommen oder gar Transferleistungen abhängig sind. Der Kapitalismus entspricht nicht den Interessen dieser Menschen, weil er ihre ökologischen und ökonomischen Lebensgrundlagen zerstört.



Unser Antrag für Ratssitzung am 15.November

Zeitnahe Planung und Bau einer neuen Unterkunft

Der Rat der Stadt Göttingen beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt dem Rat die zeitlichen Abläufe und Planungen für eine Unterkunft, wie sie im Haushalt 2019/2020 beschlossen wurde, darzulegen, Falls es noch keine Planungen geben sollte, beauftragt der Rat die Verwaltung zeitnah sich diesem Auftrag anzunehmen. Zudem beschließt der Rat, dass neue Unterkünfte nicht als Provisorien gebaut werden, sondern für eine dauerhafte Nutzung auslegt sein sollen. Eine "Containerlösung", wie sie bis vor einem Jahr auf dem Schützenplatz bestand, wird dabei nicht weiterverfolgt.

Begründung:

Vor knapp einem Jahr wurde der Doppelhaushalt 2019/20120 mit der Position: "Schaffung neuer Unterkunftsmöglichkeiten für 200 Personen bis zum 30.06.2019." auf Seite 326 beschlossen. Zwischenzeitlich konnten wir aus der Sozialverwaltung erfahren, die Stadt Göttingen ist zwar im Defizit bei der Zuweisungsquote, bräuchte aber keine weiteren Unterkünfte. Leider ist das für uns so nicht nachvollziehbar.

Außerdem sollten wir doch jetzt etwas vorrausschauender sein als vor 4 Jahren. Wir können doch klar erkennen, dass wir nicht am Ende der Flüchtlingsströme angekommen sind: Die Ursachen für Flucht bestehen nach wie vor. Zudem hat der Rat der Stadt Göttingen erst in der letzten Sitzung im September beschlossen, zusätzlich zur Zuweisungsquote, Geflüchtete im Rahmen des "sicheren Hafens" aufzunehmen.

(...) Fortsetzung der Veranstaltungen von Seite 2 (VVN)

Theaterstück über das Leben der Kinder im Getto

Sonntag, 17.11.2019, 16.00 Uhr Veranstaltet von der Jüdischen Kultusgemeinde

Veranstaltet von der Jüdischen Kultusgemeinde

Erinnerung transgenerationell

Vortrag und Diskussion von und mit Kurt Grünberg (Sigmund-Freud-Institut, Frankfurt)

Sonntag, 17.11.2019, 17.00 Uhr Holbornsches Haus, Rote Straße 34

Die Erinnerungen von Zeitzeug*innen spielen eine bedeutende Rolle im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus. Heute, fast 75 Jahre nach Ende der nationalsozialistischen Terrorherrschaft, können immer weniger Überlebende von ihren Erlebnissen berichten.Dr. Kurt Grünberg arbeitet als Psychoanalytiker seit Jahrzehnten mit Überlebenden und ihren Angehörigen. Er forscht zu den psychosozialen Spätfolgen der Shoah und zur transgenerationellen Weitergabe von Erinnerungen und Traumata.

Veranstaltet von f_act

Klassenfoto mit Massenmörder — Das Doppelleben des Artur Wilke

Vorlesung mit Jürgen Gückel (ehem. Redakteur Göttinger Tageblatt) Dienstag, 19.11.2019, 19.00 Uhr Holbornsches Haus, Rote Str. 34

Die Szene aus der Kindheit hat ihn ein Leben lang verfolgt: Sie haben seinen Lehrer verhaftet. Warum? - Jahre der Nachforschungen waren nötig, bis ein Bild des unglaublichen Doppellebens des falschen Lehrers dokumentiert war. Er war ein Massenmörder, Agent, Betrüger und Bigamist. Doch man hat ihn eine ganze Generation Schüler unterrichten lassen.

Der Autor dokumentiert das Leben eines vom Rassenwahn Verblendeten. Er gibt Opfern und Tätern des NS-Terrors ein Gesicht. Er beschreibt seine hartnäckige Recherche und gelangt zu drei Nebenerkenntnissen: das Schweigen und Nichtwissenwollen eines ganzen Dorfes in der Zeit nach dem Terror, den zwiespältigen Umgang von Kirche und Politik mit den NS-Verbrechern sowie die Zweifelhaftigkeit von Erinnerungen.

Veranstaltet von NS-Familien-Geschichte: hinterfragen – erforschen – aufklären e.V.

Der Niedergang der Musikkultur während des Nationalsozialismus

Mittwoch, 20.11.2019, 19.45 Uhr, Clavier-Salon, Stumpfebiel 4

Ein Klavierkonzert mit Werken von Komponist*innen, die während des NS verfolgt oder ermordet wurden, gespielt von Studierenden der Klavierklasse von Professor Zitterbart (Hochschule für Musik, Theater u. Medien, Hannover)

Es wird eine Einführung in Leben und Werk ausgewählter Komponist*innen geben.

Platzreservierung empfohlen unter gerritzitterbart@hotmail.com

Veranstaltet von der Geschichtswerkstatt Duderstadt in Kooperation mit dem Förderverein Clavier-Salon e.V.

Anti-muslimischer Rassismus und Antisemitismus in der Weltanschauung des Rechtspopulismus

Donnerstag 21.11.2019, 19:00 Uhr Stadtlabor, Schildweg 1

Das Erstarken rechtspopulistischer Strömungen und Parteien weltweit bedeutet für Menschen jüdischen und muslimischen Glaubens gleichermaßen eine Zunahme von Anfeindungen und Unsicherheit. Tödliche Angriffe auf Synagogen und Moscheen, so in Neuseeland und den USA, forderten zahlreiche Menschenleben. Beide Gewalttaten verbindet ein von Verschwörungstheorien geprägtes Weltbild der Rechtspopulisten und -extremen: die Behauptung eines "gesteuerten großen Austausches" durch Einwanderung. Der in Deutschland lebende Politikwissenschaftler und Publizist Dr. Robert Ogmann ist ein scharfer Beobachter dieser Entwicklungen. In seinen Analysen plädiert er dafür. Anti-muslimischen Rassismus und Antisemitismus in Kombination und nicht gegeneinander zu betrachten, um gegenwärtigen Rechtspopulismus besser verstehen und bekämpfen zu können. Veranstaltet vom DGB Kreisverband Göt-

Führung zur jüdischen Geschichte Moringens

Mit Uwe Reinecke Freitag, 22.11.2019, 14.00 Uhr KZ-Gedenkstätte Moringen, Lange Str. 58, Moringen

Bereits 1938 existierte in Moringen keine jüdische Gemeinde mehr. Wie kam es dazu? Und was war das Schicksal der Moringer Juden? Zahlreiche Gebäude erzählen vom

vielfältigen jüdischen Leben der Stadt. Es fand seine erste urkundliche Erwähnung im Jahr 1577, seitdem war es ein reichhaltiger Bestandteil der städtischen Gemeinschaft. Mit der NS-Zeit fand dieser Teil des Moringer Alltags ein jähes Ende.

Der Rundgang dauert etwa zwei Stunden. Männliche Teilnehmer werden gebeten, für den Besuch des jüdischen Friedhofs eine Kopfbedeckung mitzunehmen.

Veranstaltet von der KZ-Gedenkstätte Moringen

Der NSU-Prozess: Eine kritische Bilanz

Was das Münchner Mammutverfahren geleistet hat – und was nicht

Vortrag und Diskussion mit Thies Marsen (Hörfunkjournalist, München)

Donnerstag, 28.11.2019, 19.00 Uhr Our House OM 10, Obere-Masch-Straße 10

Mehr als fünf Jahre dauerte der Prozess um die Mordserie des rechtsterroristischen NSU, an 438 Tagen wurde verhandelt, ehe im Juli 2018 die Urteile verkündet wurden. Thies Marsen hat das Mammutverfahren vor dem Münchner Oberlandesgericht u.a. für den Bayerischen Rundfunk beobachtet und zieht eine kritische Bilanz: Was hat der Prozess zur Aufklärung des NSU-Komplexes tatsächlich geleistet? Wo liegen die Leerstellen und Defizite? Warum haben sich Gericht und Bundesanwaltschaft so konsequent geweigert, Versagen und Verstrickung staatlicher Organe zum Thema zu machen? Und wieso stand am Ende ein Urteil, das die Neonazis im Publikum jubeln ließ?

Veranstaltet von der Geschichtswerkstatt Göttingen e.V. und der Dauerausstellung "Auf der Spur europäischer Zwangsarbeit. Südniedersachsen 1939-1945" in Kooperation mit dem Haus der Kulturen Göttingen

